



Traditionell ist die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg durch starke und effiziente zivilgesellschaftliche Organisationen, Netzwerke und Initiativen geprägt, was sich durch Mitsprache und Engagement auf die Entwicklungspolitik des Landes auszeichnet. Im Februar 2013 beschloss die Landesregierung neue Entwicklungspolitische Leitlinien für Baden-Württemberg, die in einem seinerzeit bundesweit einmaligen Beteiligungsprozess erarbeitet wurden. Über 1.500 Bürgerinnen und Bürger aus dem ganzen Land sowie 120 Organisationen und Verbände haben die Entwicklungspolitik des Landes über die Initiative „Welt:Bürger gefragt!“ aktiv mitgestaltet.

Auch nach Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien wird der entwicklungspolitische Dialog fortgesetzt. Auf jährlich stattfindenden entwicklungspolitischen Landeskonferenzen überprüfen die Bürgerinnen und Bürger des Landes die Umsetzung der Leitlinien und entwickeln neue Handlungsvorschläge. Der aus Expertinnen und Experten der großen entwicklungspolitisch aktiven Netzwerke des Landes bestehende Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) berät die Landesregierung zudem in entwicklungspolitischen Fragen.

Auf staatlicher Seite ist Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg insbesondere eine Chance für die klassischen Kernbereiche der Landespolitik: etwa bei der Bildungspolitik über die Verankerung des Globalen Lernens und Studierens in den Bildungsplänen der Schulen oder in den Studienplänen, Forschungsschwerpunkten und Internationalisierungsstrategien der Hochschulen; bei der Wirtschaftspolitik in den Bereichen öffentliche Beschaffung, (Außen-)Wirtschaftsförderung; beim Einbezug von Unternehmen in die Entwicklungspolitik oder beim Fairen Handel; bei der Umweltpolitik über Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit.

In Baden-Württemberg ist Entwicklungspolitik eine Gemeinschaftsaufgabe, die in erster Linie vom effizienten und professionellen Engagement der Zivilgesellschaft getragen wird. Das Land fördert dieses Engagement, will es aber nicht ersetzen. Es schafft verlässliche Rahmenbedingungen, um die Entwicklungspolitik voranzubringen und ihre Akteure zu unterstützen. Die vom Land Baden-Württemberg gegründeten Stiftungen (Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg und Baden-Württemberg Stiftung) fördern, beraten und unterstützen private und kommunale Initiativen. Ein eigens für die Entwicklungszusammenarbeit gegründetes Referat im Staatsministerium steht den Bürgerinnen und Bürgern, den zivilgesellschaftlichen Organisationen, den Ministerien, den Kommunen und deren Spitzenverbänden sowie dem Landtag als direkter und kompetenter Ansprechpartner auf Seiten der Regierung zur Verfügung. Mit Fördermitteln für Nichtregierungsorganisationen unterstützt das Land jedes Jahr entwicklungspolitisches Engagement der Zivilbevölkerung im In- und Ausland. Für die Jahre 2018 und 2019 wurde das Fördervolumen deutlich aufgestockt und so können erstmals eine Million Euro p.a. zur Verfügung gestellt werden.

Seit 2013 fördert das Land zudem gemeinsam mit dem Bund das

Eine-Welt-Promotorinnen und Promotorenprogramm in Baden-Württemberg. Mit elf vollen Stellen bei Trägerorganisationen der Zivilgesellschaft wird so die wertvolle Arbeit der baden-württembergischen Organisationen, Netzwerke und Initiativen gestärkt. Nach Ablauf der zweiten Programmperiode Ende 2018 wird das Programm auch im Jahr 2019 in Baden-Württemberg fortgesetzt.

Die Messe FAIR HANDELN bietet allen Akteuren jedes Jahr ein Forum für Austausch, Vernetzung und gemeinsame Initiativen. Die Messe hat sich mittlerweile mit über 150 Ausstellern zum Leuchtturm der Fairhandelsbewegung, mit Strahlkraft weit über Baden-Württemberg hinaus, entwickelt. Zum 10-jährigen Jubiläum der FAIR HANDELN im Jahr 2018 wurde die Messe deutlich größer und um den Bereich „Future Fashion“ erweitert. Der neue Bereich setzt Akzente auf moderne und fair gehandelte Bekleidung und möchte damit besonders junges Publikum ansprechen.